

Konferenz HF: Gruppe Wald- und Landwirtschaft

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)

Vermerk: MiVo-HF

Per Mail: vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch

Stellungnahme zur Totalrevision der Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (MiVo-HF) (MiVo-HF; SR 412.101.61)

29. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zu dieser für unsere Schulen wichtigen Verordnung Stellung beziehen zu können.

Zusammenfassung

Die Mitgliedsschulen der Gruppe Wald- und Landwirtschaft, sind Anbieter von diversen Bildungsgängen im Bereich Tertiär B. Die Angebote von HF-Bildungsgängen spielen an unseren Institutionen aber eine zentrale Rolle. Die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt bzw. den Trägerschaften ist uns ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grunde haben wir unsere Mitglieder zur vorliegenden MiVo-Revision angehört. Wir begrüßen grundsätzlich die Aktualisierung, können aber der Totalrevision in der vorliegenden Form nicht zustimmen, denn es wurden wichtige Positionen und Anliegen unserer Schulen nicht berücksichtigt:

Gemeinsam mit der Konferenz HF haben wir uns intensiv mit der Totalrevision der MiVo-HF auseinandergesetzt und sind deshalb enttäuscht, dass wichtige Anliegen zur besseren Positionierung der Höheren Fachschulen (HF) nicht in den Entwurf aufgenommen worden sind, hat sich doch das SBFI vier Ziele gesetzt:

- Rollen und Zuständigkeiten der Akteure klären,
- Arbeitsmarktorientierung erhöhen und Rolle der OdA stärken,
- Qualität sicherstellen und weiterentwickeln,
- Prozesse vereinfachen.

Wir erachten die Zielsetzung der Stärkung der Höheren Fachschulen als nicht erreicht, sondern unseres Erachtens würde die Umsetzung des vorliegenden Entwurfs zu einer Schwächung des Profils Höhere Fachschulen führen, da auch wichtige Instrumente im Entwurf fehlen.

1. Es fehlen der Begriffsschutz „Höhere Fachschule“ und die Erkennbarkeit der „Höheren Fachschule“ als Begriff. Folglich ein neuer Artikel mit:

Ein Bildungsanbieter kann sich Höhere Fachschule nennen, wenn er mindestens einen anerkannten Bildungsgang führt.

2. Es fehlt die Möglichkeit der Anerkennung als Höhere Fachschule. Unser Vorschlag ist ein neuer Artikel mit:

Ein Bildungsanbieter kann sich anerkennen lassen, wenn er mindestens einen anerkannten Bildungsgang führt. Im Falle einer Akkreditierung einer Schule mit Bildungsgängen HF müsste die Flexibilität zur Führung eigener Angebote der Schule übertragen werden. Dies mit der Folge einer regelmässigen Akkreditierung der Schule z.B. alle 7 Jahre.

3. Die Aufhebung der acht Bereiche beurteilen wir als unzweckmässig und daher kritisch. Unser Vorschlag ist ein neuer Artikel mit:

Die Rahmenlehrpläne werden in Fachbereiche zusammengefasst. Wir sind der Auffassung, dass man sich weiterhin an den bestehenden 8 Fachbereichen orientieren sollte.

4. Wir stellen ein Ungleichgewicht zwischen den Organisationen der Arbeitswelt und den Bildungsanbietern als Träger der Rahmenlehrpläne fest. Um die gemeinsame Verantwortung der Organisationen der Arbeitswelt und der Bildungsanbieter besser abzusichern ist unser Vorschlag eine neue Formulierung von Artikel 8, Absatz 1:

Die Rahmenlehrpläne werden von den Bildungsanbietern und den Organisationen der Arbeitswelt gemeinsam entwickelt und erlassen.

Dass die Höheren Fachschulen im Berufsbildungsgesetz nur rudimentär definiert und dadurch in der Gesetzgebung vom Prüfungssystem separiert sind, führt zu Nachteilen. Ein eigenes Gesetz für die Höhere Berufsbildung könnte dieser den Stellwert geben, welche sie gemäss der schweizerischen Bildungssystematik bereits hat.

Rolle der Schulen mit HF-Bildungsgängen

Die HF-Bildungsgänge sind deswegen so praxisorientiert, weil die Trägerschaften (Schulen und OdA's) sich gemeinsam einbringen und auch die Öffentliche Hand (Bund und Kantone/SBBK) eingebunden ist. Diese zentrale Stärke gilt es zu erhalten und auszubauen. Die Schulen leisten gerade im Wald- und Landwirtschaftsbereich eine besondere Rolle. Sie stellen sich der permanenten Herausforderung, die Bedürfnisse von Arbeitsmarkt, Bildungsteilnehmenden, Trägerschaften, Kantonen und schulischer Bildungsstätte in Einklang zu bringen. Im Gegensatz zu dieser tragenden Rolle in der täglichen Bildungspraxis ist das Gewicht der schulischen Bildungsstätte gering. Wir fordern daher mit Nachdruck das geschützte Bezeichnungsrecht der Bildungsstätte als **Höhere Fachschule**, wenn mindestens ein anerkannter HF-Bildungsgang geführt wird.

Im Einzelnen:

Art. 3 Umfang und Angebotsformen

In BBG Art. 29 Abs. 2 ist von den *vollzeitlichen und berufsbegleitenden* Bildungsgängen die Rede. Eine Übernahme dieser Definitionen in den Art. 3 Abs. 1, 1. Satz ist wünschenswert. Die beiden Modelle von Bildungsgängen „3600 Lernstunden“ und „5400 Lernstunden“ sollten gemäss der Tarif-Berechnung der HFSV aufgeführt sein. In Abs. 2 plädieren wir für die Formulierung von Art. 4 Abs. 3 der aktuell gültigen MiVo, so dass die Formulierungen in den Rahmenlehrplänen weiterhin Gültigkeit behalten (Modell 720 und 1080 Lernstunden Berufstätigkeit).

Art. 5 Abs. 3 Qualifikationsverfahren

Wir empfehlen eine Formulierung, die auch der gelebten Praxis entspricht, wie z.B.:

In den abschliessenden Qualifikationsverfahren wirken Expertinnen und Experten aus der einschlägigen Praxis mit.

Art. 7 Nachdiplomstudien

Abs. 2 ist wie folgt zu ergänzen: Vorbehalten bleibt eine Zulassung auf Grund gleichwertiger Qualifikationen.

Art. 8 Erlass

Abs. 3 ergänzen: Die Bildungsanbieter und die Organisationen der Arbeitswelt bilden gemeinsam die Trägerschaft eines Rahmenlehrplans.

Art. 9 Inhalt

Abs. 1 c: Die Angebotsformen und Lernstunden werden in den Bildungsplänen von den Schulen im Rahmen des Anerkennungsverfahrens eingereicht.

Eine Festschreibung in den Rahmenlehrplänen würde der Entwicklung der Bildungspläne in den Schulen entgegenwirken und damit die didaktische Umsetzung stark beschränken.

Wir fordern daher die Streichung von Abs. 1 c.

Abs. 1 e.: In Art. 9 geht es um die Kompetenzen, die erreicht werden sollen. In Abs. 1e wir erneut in diese Logik eingegriffen. Wir bestragen Streichung von Abs. 1e.

Art. 10 Voraussetzungen für die Genehmigung

b.: streichen

Begründung: Die Trägerschaft besteht aus Bildungsanbietern und den Organisationen der Arbeitswelt. Die Teilnahme einer OdA in einer Trägerschaft belegt den Bedarf an der Ausbildung.

c.: streichen.

Begründung: Bildungspolitische Konflikte sind laufend zugegen.

Art. 11 Genehmigung, Befristung und Erneuerung

Um die Arbeitsmarktfähigkeit der Absolvierenden und die Attraktivität der Bildungsangebote sicherzustellen, sorgen im Bereich der HF die OdAs und Bildungsanbieter aus ureigenem Interesse und Antrieb laufend für die notwendige Aktualisierung der Rahmenlehrpläne. Eine staatlich auferlegte, fixe Befristung der RLP ist deshalb unnötig, bürokratisch sowie mit dem Rollenverständnis der höheren Berufsbildung unvereinbar.

Art. 13 Lehrkräfte

Vorzugsweise ist die Titelbezeichnung des Artikels „Dozierende“. Der Begriff Lehrkräfte ist im Bereich der Höheren Fachschulen nicht gängig.

Art. 17 Gesuch um Anerkennung von Nachdiplomstudien

Art. 2 a und b sind zu streichen.

Art. 2 c: Wir unterstützen, dass eine Bildungsinstitution ein NDS HF nur anbieten darf, wenn sie bereits einen anerkannten HF- Bildungsgang führt. Die Präzisierung in Abs. 2 e „am geplanten Standort“ erachten wir jedoch als einschränkend.

Art. 19 Anerkennungsverfahren

Wir bedauern, dass ein vereinfachtes Anerkennungsverfahren in seinen Grundsätzen nicht in den Entwurf der MiVo-HF aufgenommen wurde. Gerade für Anbieter mit einem bereits bestehenden Bildungsangebot an einem neuen Standort sollte das vereinfachte Verfahren analog Art. 14 auch für weitere neue Bildungsgänge Anwendung finden. Diese Ergänzung kann im Absatz 3 aufgenommen werden.

Wir weisen darauf hin, dass bestehende Instrumente im Hinblick auf ein vereinfachtes Verfahren angepasst werden müssen.

Wir erachten es als angezeigt, dass bei Änderungen des RLP nur die Konsequenzen der Änderungen überprüft werden und dass die Kantone dies im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht machen können.

Art. 21 Überprüfung und Befristung der Anerkennung

Wir begrüßen, dass die Anerkennung der Bildungsgänge HF und NDS HF zeitlich beschränkt ist, erachten die Zeitperiode von sieben Jahren jedoch als zu eng.

Wir schlagen folgende Formulierung in Abs. 2 vor: Die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien wird periodisch überprüft und zwar um die unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen an die Bildungsgänge berücksichtigen zu können.

Zu ergänzen Abs. 3: Die Anbieter weisen im vereinfachten Verfahren die Anpassungen im Bildungsgang oder Nachdiplomstudium nach.

Wir bitten Sie, unsere Positionen wohlwollend zu prüfen. Für Rückfragen und weitere Ausführungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

KHF Gruppe Wald- und Landwirtschaft

Stefan Eisenring,
Leiter Gruppe Wald- und Landwirtschaft